

einem weiteren Handgranatenanschlag auf eine sunnitische Moschee in der Provinzhauptstadt Lahore wurden am 12. Juli zwei zu diesem Zeitpunkt im Gotteshaus betende Kinder getötet und 27 weitere Gläubige zum Teil schwer verletzt. Die Täter konnten nach Polizeiangaben unerkant flüchten. Wenige Stunden später detonierte in einem von Schiiten bewohnten Stadtteil eine weitere, in einem Mülleimer versteckte Granate. Wie aus Agenturmeldungen hervorgeht, wurden dabei zwei Menschen verletzt. Die Polizei vermutet, daß beide Anschläge auf das Konto zweier verfeindeter schiitischer und sunnitischer Terrorgruppen gehen.

Außenminister Assef Ali in Moskau

Fragen der nuklearen Sicherheit und der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen standen nach Angaben der russischen Nachrichtenagentur Itar-Tass im Zentrum einer Unterredung zwischen Außenminister Assef Ahmed Ali und seinem russischen Amtskollegen Andrej Kosyrew, die am 4. Juli in der russischen Hauptstadt stattfand. Anschließend unterzeichneten die beiden Minister ein Abkommen zur teilweisen Aufhebung der Visapflicht und eine Vereinbarung über politische Konsultationen zwischen ihren Ämtern. Die Moskau-Visite Assef Ali's diente zugleich der Vorbereitung eines Staatsbesuchs von

Benazir Bhutto, die im Herbst in Rußland erwartet wird.

Präsident Leghari in Washington

Am Rande einer privaten Reise in die USA traf sich Präsident Farooq Ahmad Khan Leghari in Washington mit dem amerikanischen Außenminister Warren Christopher zu einem politischen Gedankenaustausch, in dem der Kaschmirkonflikt im Mittelpunkt stand. Nach der Unterredung sagte Leghari, er habe gegenüber Christopher für ein aktiveres Engagement der USA in Südasien geworben, damit das Wettrüsten auf dem Subkontinent gestoppt werden könne. Außerdem habe er auf die massiven Menschenrechtsverletzungen im indischen Teil Kaschmirs hingewiesen.

Pakistanische Soldaten in Bosnien

Seit Ende Juni sind in Bosnien auch 3.000 pakistanische Blauhelme stationiert, die dort die UN-Schutztruppen (UNPROFOR) unterstützen sollen. Der UN-Sicherheitsrat hatte dem Einsatz der pakistanischen Soldaten erst nach längerem Zögern zugestimmt. Vor allem die serbische Konfliktpartei kritisierte, daß sich die pakistanischen Muslime mit ihren bosnischen Glaubensbrüdern im Kampf gegen die bosnischen Serben solidarisieren könnten. Zusammen mit den jetzt nach Bosnien entsandten Soldaten

beteiligt sich Pakistan mit 7.256 Blauhelmen an den Friedensmissionen der Vereinten Nationen und stellt damit das weltweit größte Truppenkontingent. Dies geht aus einer aktuellen UN-Statistik hervor.

Polizeistation für Frauen eröffnet

Nach Islamabad und Lahore besitzt jetzt auch Karachi eine nur mit Polizistinnen besetzte Polizeistation, die am 2. Juni von Premierministerin Benazir Bhutto persönlich eröffnet wurde. Die insgesamt 50 Beamtinnen sollen sich ausschließlich um Verbrechen an Frauen kümmern und vor allem Vergewaltigungen, Entführungen von Frauen und Prostitutionsdelikte bearbeiten. In Kürze sollen in der Provinz Sindh, wo in jüngster Zeit gleich in mehreren spektakulären Vergewaltigungsfällen männliche Polizisten als Mitäter überführt werden konnten, noch zwei weitere mit Frauen besetzte Polizeiwachen geschaffen werden. Aus der Eröffnungsansprache der Regierungschefin zitierten pakistanische Journalisten die Anerkennung, daß die Einrichtung solcher Polizeistationen beweise, daß in Pakistan die Frauen nicht diskriminiert würden. Mit Bezug auf entsprechende Kritik westlicher Länder und Menschenrechtsorganisationen ergänzte Bhutto: "Wir sind stolz auf unsere Religion, und wir sind stolz auf die islamische Respektierung der Rechte der Frauen".

Der große Streit ums Wasser

Thomas Ruttig

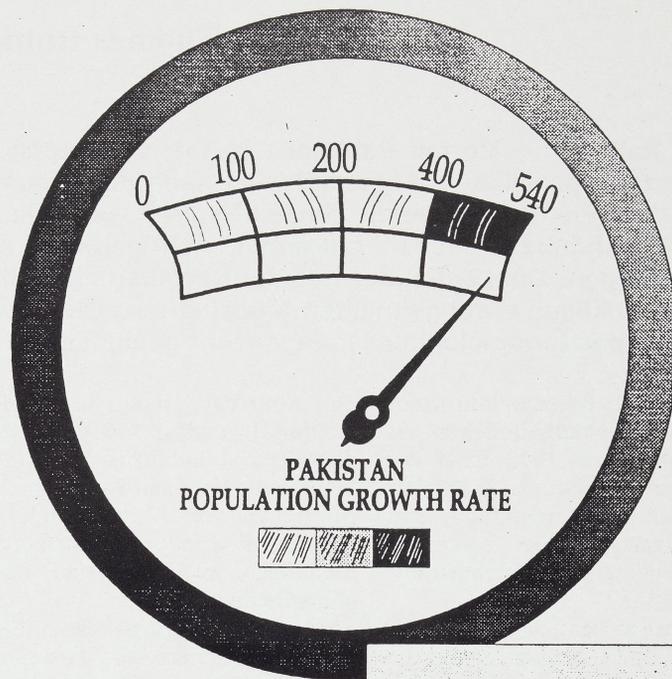
"Eine Hungersnot wie in Somalia könnte Pakistan treffen" - dramatischer hätte die 'Friday Times' kaum titeln können. Die pakistanische Wochenzeitung bezog sich auf einen Bericht des Bundeslandwirtschaftsministeriums in Islamabad, in dem auf die immer größere Kluft zwischen dem enormen Bevölkerungswachstum von jährlich über drei Prozent und der Pro-Kopf-Produktion des Grundnahrungsmittels Weizen in dem 125-Millionen-Land hingewiesen wird. "Wenn wir überleben wollen, haben wir keine andere Wahl, als das jahrhundertalte System der Bewässerungskanäle aufzugeben", lautet die Schlußfolgerung des Regierungspapiers.

43 wichtige Kanalsysteme, die sich aus drei Stauseen speisen, versorgen etwa 76 Prozent der gesamten landwirtschaftlich kultivierten Fläche des Landes, die zu meist in den Niederungen der fünf großen Ströme Pakistans liegen - des Indus und seiner vier größten Nebenflüsse. Von dort wiederum stammen 95 Prozent der pakistanischen Agrarproduktion bzw. 30 Prozent des gesamten Bruttosozialprodukts, die Hälfte aller Arbeitsplätze befinden sich dort. Wenn die vorgesehenen Ausbaumaßnahmen für die Kanalsysteme im bisherigen Tempo weitergehen, so der Bericht, würde es noch 20 bis 30 Jahre bis zu ihrer Beendigung dauern. Bis dahin aber könnten

schon Zustände "wie in Somalia oder Eritrea" herrschen.

Die Autoren des Berichts schlagen vor, "fundamentale Änderungen in Land-, Wasser- und Bevölkerungsfragen im Indus-Becken" vorzunehmen. Eine ganze Kaskade von 37 Staudämmen soll gebaut werden. Sie soll sicherstellen, daß auch in der Trockenperiode zwischen September und März genügend Wasser in den Rückhaltebecken vorhanden ist. Denn, so die Begründung, bisher fließe noch viel zu viel Wasser ungenutzt in den Indischen Ozean, besonders während der Schneeschmelze und des Sommermonsuns. Und, wie das Leben so spielt, liegt schon seit über 30

540 BIRTHS PER HOUR!



Jahren das Kernstück der Lösung bereit: das Kalabagh-Damm-Projekt im Nordwesten der bevölkerungsreichsten Provinz Punjab. Das ist auch von der Weltbank bestätigt, könnte also finanziert werden. Nur die Regierung der Nordwest-Grenzprovinz (NWFP), des zweiten Kalabagh-Anrainers, sträubte sich bis jetzt erfolgreich gegen die Verwirklichung des Bauwerks. Denn das gestaute Wasser, das vor allem im Punjab die Kanäle füllen würde, würde in der bergigen NWFP einen Großteil des bebaubaren Landes überfluten. Notwendige Umsiedlungen Dutzender Dörfer würde den Bevölkerungsdruck auf den knappen Boden in der NWFP noch verschärfen und könnte zu Spannungen führen.

Der Wassermangel in Pakistan ist unbestritten. Doch auch wenn Punjab-Chefminister Mian Manzoor Wattoo in dem Dammbau "ein Sache über Leben und Tod für den Punjab" sieht, betroffen ist davon gegenwärtig vor allem die Provinz Sind am Indus-Unterlauf. Denn in diesem Jahr ist der Wintermonsun ausgeblieben, und die Ernte verdorrt den Sindhi-Bauern bereits auf den Feldern.

Zwar gibt es den sogenannten Indus-Wasser-Vertrag zwischen den vier pakistanischen Provinzen, der genaue Entnahmekoten festschreibt. Abgeschlossen wurde er allerdings 1991 unter dem Punjab-Premier Nawaz Sharif, und der ist nicht mehr am Ruder. Jetzt regiert Benazir Bhuttos 'Pakistanische Volkspartei' (PPP). Die hat ihre Hochburgen im Sind und war von Anfang an gegen den Vertrag. Sie läßt ihn jetzt "überprüfen", und so hält sich niemand mehr daran.

Besonders für die Sindhis ist der gesamte Kalabagh-Plan eine große Verschwörung. Der Agrarminister der Provinz beschuldigte jüngst "zwei einflußreiche Großgrundbesitzer aus dem Südpunjab", Wasser aus den Stauseen zu stehlen. Gemeint sind Staatspräsident Leghari und der Bundesminister für Wasser und Energie, Ghulam Mustafa Khar. Aus Khars Ministerium stammen sowohl das Somalia-Szenarium als auch die Dammbaupläne.

Schlägt man allerdings das offizielle 'Pakistan Year Book 1991/92' auf - das für 1992/93 liegt noch nicht vor -, heißt es dort ganz trocken: "Die Nahrungsmittelsituation blieb zufriedenstellend." Die Weizen- und Reisproduktion stiegen diesen Angaben zufolge um 5,5 bzw. 12 Prozent. Reis konnte sogar exportiert werden. Laut einer UNO-Studie von 1981 hat das Land genug Wasser für 200 Millionen Menschen, wenn nur die vorhandenen Wasserreserven nicht übermäßig strapaziert würden.

Auch auf Hinweise pakistanischer Hydrologen, vor allem der Wasserver-

schwendung entgegenzuwirken, will bei dem ganzen Hickhack niemand hören. Denn mit der Wasserfrage wird vor allem knallhart Koalitionspolitik gemacht. Premier Benazir Bhutto hat im Bundesparlament von Islamabad nur eine Mehrheit, weil sich ihr ein Dissidenten-Flügel der ehemaligen Regierungspartei Sharifs angeschlossen hat. Deren Chef Wattoo wiederum ist dafür mit dem Posten des Punjab-Chefministers belohnt worden, und der will das Kalabagh-Projekt. Auch das Problem der Querulanten in der Grenzprovinz ist inzwischen auf bewährte pakistanische Art gelöst -

SURPRISED? This is indeed the rate of growth of Pakistan's population. When dwindling resources are coupled with this population growth rate, what do you suppose the rate of development would be ?



Ministry of Population Welfare
Government of Pakistan

Die Uhr tickt: Anzeige des 'Ministry of Population Welfare'

durch das gekaufte Überlaufen einiger Abgeordneter wurde die dortige Provinzregierung gestürzt. Jetzt regiert in der NWFP-Hauptstadt Peshawar eine PPP-geführte Koalition. Die Wasserfrage in Pakistan kann also auf traditionelle Art gelöst werden - zugunsten des ohnehin dominanten Punjab, der Hochburg der feudalen Landlords, die auch das Bundesparlament beherrschen. Und sollten die Pläne doch nicht verwirklicht werden, gibt es immer noch eine Alternative: Die Regierung hat bereits die Bevölkerung aufgerufen, verstärkt um Regen zu Allah zu beten.